

Cüibeder Volfsbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Cüibeder Volfsbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt bei Lieferung durch die Aussträger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die schriftgehaltene Petition oder deren Raum 60 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., ansässige Anzeigen 60 Pf.; — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 2.

Freitag, den 3. Januar 1919.

26. Jahrg.

Wähler! Wählerinnen!

Als am 9. November unsere Parteigenossen Ebert, Scheidemann und Landsberg die Regierung übernahmen, noch vor dem Eintritt der Unabhängigen, erließen sie eine Erklärung, in der sie die Einberufung einer nach allgemeinem Volkswahlrecht gewählten Nationalversammlung ankündigen.

Später wurde von der Regierung, entsprechend unserem Parteiprogramm, allen Männern und Frauen vom vollen Menschenrecht 20 Jahre an das gleiche Wahlrecht verliehen. Die Befreiung der Frau aus politischer Reichslosigkeit ist unser Werk, das Werk der sozialdemokratischen Partei.

Auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Räte herrschte ein heftiger Kampf um den Zeitpunkt der Wahlen. Die sozialdemokratische Mehrheit beschloß, daß er auf den frühestmöglichen Termin, den 19. Januar, festgelegt werde.

Dieser Tag naht nun heran.

Indem die sozialdemokratische Partei dem Volke zu seinem Rechte verhalf, so tisch wie möglich selbst über sein Geschick zu bestimmen, hat sie gezeigt, daß sie kein Urteil nicht scheitert.

Die sozialdemokratische Partei hat die Politik, die zum Ausbruch des Krieges und dann zur Niederlage führte, aus schärfste bekämpft. Aber weil sie die Niederlage mit allen Kräften zu verhindern bestrebt war, hat sie dem Lande niemals die Mittel verweigert, die es zu seiner Verteidigung brauchte. Unsere Kreditbewilligung war ein Bekennnis der Liebe zum eigenen Volk, nicht des Gehorsams gegenüber den früheren Herrschern Deutschlands.

Unser Ziel war die Abwehr feindlicher Uebermacht und der Abschluss eines Vertrages Friedens. Die nationalistische Ueberhebung, der die bürgerlichen Parteien zum größten Teil verfallen waren, Blindheit und Hochmut unserer früheren Machthaber machten unsere Rat und führten ins Verderben.

So kam die Revolution:

Die sozialdemokratische Partei war keines revolutionär in dem Sinne, daß sie die vollständige Umwandlung des Staates zur Demokratie, der Wirtschaft zum Sozialismus anstrebt. Siezt vollzog sich die Revolution fast schmerlos und ohne Opfer durch den Zusammenbruch der alten Macht. Deutschland wurde Republik, und Sozialisten beider Richtungen übernahmen die Regierung.

Innenhalb der Regierung haben die Sozialdemokraten stets dahin gewirkt, daß sich die weitere Entwicklung unblutig gestalte, daß Erschütterungen, die der geschwächte Leib des Volkes nicht ertragen kann, vermieden werden, und daß das letzte und höchste Recht der Staatsbürger, das Recht der persönlichen Freiheit geachtet wird. Sie haben nach außen hin ihr ganzes Bestreben darauf gerichtet, die moralischen Kräfte der Welt, die Kräfte des Sozialismus in Bewegung zu setzen, um trotz der von den alten Machthabern verschuldeten Niederlage, einen für das deutsche Volk erträglichen dauerhaften Weltfrieden zu erringen.

Dieses Bestreben wurde von einer terroristischen kleinen Minderheit durchkreuzt, die als ihr Programm verkündete, den rüchtigen Aufbau der Republik und des Friedens zu fördern, den Zusammenschluß einer deutschen Volksvertretung gewaltsam zu hindern und Deutschland als Verbündeten Russlands in einen neuen Krieg hineinzuziehen.

Da sich die Unabhängigen zu einem energischen Vorgehen gegen dieses volksverderbliche Treiben nicht aufzuswingen vermochten, kam es mit ihnen innerhalb der Regierung zum Bruch.

Der vom allgemeinen Kongress der Arbeiterräte gewählte Zentralrat ließ die Unabhängigen ziehen und ernannte eine Regierung, die ausschließlich aus Mitgliedern der alten sozialdemokratischen Partei besteht.

Die Nationalversammlung, die zu wählen Eure Aufgabe ist, hat über den Fortbestand oder die Auflösung der seitherigen Regierung zu bestimmen. So liegt die Entscheidung über die künftige Regierung bei Euch!

Wir Sozialdemokraten fordern Euch, Wähler und Wählerinnen, auf, uns Eure Stimmen zu geben, und darum sind wir auch verpflichtet, Euch zu sagen, was unsere Absichten sind:

Wir wollen dem deutschen Volk die freieste republikanische Verfassung geben, die irgend ein Volk der Welt besitzt. Das Volk Herr seiner eigenen Geschichte, das ist unsere Lösung.

Wir wollen alles tun, um die Kräfte des Volkes neu zu beleben, um seine Rechte beim Friedensabschluß zu wahren und um zu bewirken, daß ein gerechter Frieden zustande kommt, der die Welt vor neuen Kriegsgrenzen bewahrt. Das deutsche Volk kann nicht vernichtet werden und läßt sich nicht vernichten!

Wir wollen dem Kapitalismus nicht gestatten, daß er die geistige und körperliche Schaffenden aus neue ausheute und unterdrückt; wir wollen, daß das arbeitende Volk nach sozialistischen Grundsätzen den ungeschmälerten Erfolg seiner Arbeit genießen soll. Wir wollen die höchstmögliche Steigerung der Produktion durch ihre zweckmäßige Organisation und durch Erneuerung der Schaffenskraft und des Arbeitswillens, ohne die kein Volk leben kann!

Wir wollen Aufbau und nicht Zerstörung, nicht Bürgerkrieg und neues Blutvergießen. Unser Ziel ist höchste Freiheit und vollkommenste Ordnung.

Wir wollen keine Unterdrückung einer Rasse, eines Stammes, einer politischen oder religiösen Überzeugung. Auch die konfessionellen Gemeinschaften sollen jede Freiheit eines freien Staates genießen.

Wir wollen, daß alle Angehörigen unseres Volkes frei und gleich nebeneinander stehen und daß unser Volk frei und gleich neben den anderen Völkern stehen soll!

Eine Riesenaufgabe, wie sie noch keiner Partei beschieden war, steht vor uns. Nur das Vertrauen in die Gerechtigkeit unserer Sache verleiht uns den Mut, Euch zu rufen: Gebt uns die Macht, sie zu vollenden!

Die sozialdemokratische Partei bekämpft die bürgerlichen Parteien, die aus Deutschland eine Geldsackrepublik machen wollen, ebenso wie die Partei der Unabhängigen, die im Kampfe zwischen Volksrecht und Terror keinen Standpunkt zu gewinnen vermochte und die für den notwendigen Schutz eigener Volksinteressen noch kein Verständnis bekundet hat.

Wähler und Wählerinnen!

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien, die unter veränderten Namen nun die Vertreter der alten Macht- und Ausbeutungsverhältnisse geblieben sind!

Keine Stimme zur Spaltung unter Arbeitern, Sozialisten und Gewerkschaften!

Alle Stimmen der alten sozialdemokratischen Partei, die dem Volk vertraut und in weltgeschichtlicher Stunde auch von ihm Vertrauen erwartet!

Ins neue Jahr, in die neue Zeit mit dem alten Kampfgeist:

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, 1. Januar 1919.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bartels. Braun. Ebert. Ernst. Marie Juchacz. Möllendorff. Herm. Müller. Pfannkuch. Scheidemann. Wels

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Nationalliberales.

Die ehemaligen Weltbegüter mit dem Namen „Deutsche Volkspartei“ buhlen unablässig um die Stimmen der Demokraten und die beiden Volksseelen gehen ja auch miteinander in den Wahlkampf. Einem Helfer dieses edlen Brüderpaars, wie sie in allen deutschen Dämmen anzutreffen sind, der „Bergisch-Märk. Ztg.“, entchlüpft dabei folgendes reizendes Gesändnis:

„Die weitere politische Entwicklung in Deutschland wird früher oder später allen Reichsältesten klar machen, daß es nun nicht mehr gilt, auf sogenannten Fortschritt zu drängen, sondern zu bremsen...“

Hält man sich vor Augen, was kürzlich die „Nationallib. Korresp.“ schrieb — wir haben es gestern zum Abdruck gebracht —

„sie lehne es ab, in dem durch die Revolution geschaffenen Zuständen etwas von ihr Begrüßtes oder Verteidigungswertes zu sehen“,

dann kennt man die geheimen Wünsche dieser Herrschäften. Verhinderung des Fortschritts und Frieden gegen die republikanische Staatsverfassung. Rette Wahlkampfmittel!

Das sind merkwürdige Gesändnisse, die sich jeder Wähler merken muß.

Das Wahlrecht der Heeresentlassenen.

Der „Friedensteiger“ veröffentlicht eine Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassung-

gebenden deutschen Nationalversammlung. Danach sind die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimkehren, ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund der Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zugelassen, wo sie sich am Wahlgang erhalten. Bescheinigungen über die Heimkehr dürfen nur für Wahlberechtigte ausgestellt werden. Die Bescheinigungen müssen den Vor- und Jungamen, Alter, Stand und Gewerbe, Wohnort der Heeres- oder Marineangehörigen, sowie die Angabe enthalten, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt. Sie werden von den nächsten dienstlichen Vorgesetzten in Stellung, mindestens eines Kompanieführers, oder von dem Bordkommandanten nach dem vorgeschriebenen Muster ausgestellt. In Ergänzung des § 9 Abs. 1 des Reichsmühlgesetzes wird folgendes angeordnet: Die Wahlberechtigten Beamten und Arbeiter in den Staatsbetrieben, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Auslande haben, sowie die wahlberechtigten Angehörigen ihres Heimatlandes sind auf Antrag in die Wählerliste der zunächst gelegenen deutschen Gemeinde einzutragen, auch wenn die Auslegungsricht verstrichen war.

Krieg und Kriegsfolgen.

Räumung Riga. Am Silvesterstag mussten die deutschen Streitkräfte ihre Stellungen bei Hinzenberg räumen und sich auf die Jägel-Stellung zurückziehen, die nur wenige Kilometer von Riga entfernt ist. Der deutsche Gesandte traf die schwachen Streitkräfte bereits in einer so bedrohten Lage, daß ein Halten der Stellungen am Hinzenberg unmöglich erschien mit dem Zeitpunkt, wo die Truppen der Bolschewiken die Jägel-Stellung erreichten und die Räumung Riga unvermeidlich geworden war. Die englische Flotte erklärte sich außerstande, ihrerseits helfend und schützend einzutreten. Unter diesen Umständen ist nun

dem sich der Abtransport aller Truppen vollzogen hat, die Räumung Riga noch im Laufe dieser Woche befohlen worden. Da noch tausend Reichsdeutsche sich in Riga aufzuhalten und große Werte an Privatbesitz und Heeresgut noch nicht abtransportiert sind, wird ein Vertreter des Gesandten mit Hilfsarbeiten in Riga bleiben, um die reichsdeutschen Interessen auch gegenüber dem Bolschewismus zu vertreten.

Riga befindet sich in den Händen des lettischen Sowjets. Der Bürger bemächtigte sich eine Panik. Deutsche Truppen unterwerfen sich dem lettischen Sowjet. Der Sozialist von Riga schlägt den Arbeitern und Bauern Livland vor, sofort Sowjets in den Orts- und Gemeinde-Bezirke zu bilden.

Aus den besetzten Gebieten.

Einen schweren Rechtsbruch hat sich die Gattente im besetzten Gebiet zuschulden kommen lassen. Wie der „Berlin Lokalanz.“ meldet, hat sie seit dem 1. Januar die gesamten Rheinländer gegen Deutschland hermetisch abgeschlossen. Kein Eisenbahnzug darf in das besetzte Gebiet hinein oder heraus. Zum Teil werden die Schienenstränge zerstört. Kein Fährverkehr darf den Rhein mehr passieren, und auch der Personenverkehr ist grundsätzlich verboten und beschränkt sich auf wenige mit besonderen Ausweisen versehene Personen.

Anlässlich des Ueberfalls auf den Bürgermeister d. Köln benachbarten Ortes Schlebusch sind von den britischen Besatzungsbehörden außer den Tätern 23 Mitglieder des Z. und S.-Rates, sowie einige Personen, die mit den letzten näheren Beziehungen standen, verhaftet und nach Köln transportiert worden.

Machtung, Wähler!

Bisher wurde von der Einsichtnahme nur wenig Gebrauch gemacht, obwohl gerade bei den Vorbereitungen zu diesen Wahlen erklärlicherweise Fehler unterlaufen. Wer nicht in den Listen verzeichnet ist, darf nicht wählen! Die Listen sind einzusehen in der Aula des Johanneums, Bei St. Johannis, von 11—2 Uhr und 4—7 Uhr. Prüfen die Richtigkeit!

Die Abschaffung der Rangabzeichen.

Hindenburg hat, wie wir mitteilten, ein verteidigliches Telegramm an das Armeeoberkommando Ost erlassen, das folgenden Wortlaut hat:

"Ich erkenne die von dem Zentralrat der U.- und S.-Räte gefasste Resolution betr. Verordnungen über das Heereswesen, insbesondere wegen der Trennung der Offiziere und Unteroffiziere nicht an. Ich bin der Meinung, daß eine solche in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung nicht von einer einseitigen Ständevertreterung, sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann. Das Heer steht nach wie vor in der Regierung Ebert und erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebene Zustimmung über den Bestand des Heeres und die Richtlinien über die Besitznisse der Vertrauensmänner des Heeres weiter als maßgebend anerkennt und dadurch den Offizieren und Unteroffizieren ermöglicht, weiter Dienst zu tun. Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vortrefflich geworden. Es bleibt daher bei den bisherigen Beschlüssen."

Da der Volksbeauftragte Noske auf die Frage ihrer sozialen Ansichten bezüglich der Kommandogewalt und der Abschaffung der Rangabzeichen erklärte, er habe den Belehrung des Kongresses der U.- und S.-Räte zu reaktivieren wird über das Hindenburgtelegramm noch ein Wort gesprochen werden müssen.

Waffenstillstand und Frieden.

Die Entente verlangt von Deutschland vor allem allgemeine Demobilisation, von der alle weiteren Verhandlungen abhängen. Im Widerspruch hierzu ist das Verlangen Fochs, deutsche Truppen im Osten zu belassen. Er macht, wie die deutsche Waffenstillstandscommission mitteilt, die deutsche Regierung für alle Schäden haftbar, die der Bevölkerung des Ostegebietes dadurch entstehen, daß den umliegenden deutschen Truppen die Befreiung folgen. Es folgert sogar aus der Zurückziehung der deutschen Truppen, daß Deutschland mit dem Bolschewismus unter einer Decke stehe und gründet auf diese falsche Auffassung seine drohenden Forderungen. Die deutsche Regierung hat dieses Verlangen nicht anerkannt und sich darauf berufen, daß Artikel zwölf des Waffenstillstandsvertrages für Deutschland nur ein Recht, aber keine Pflicht begründe, seine Truppen im Osten zu lassen und daß die deutsche Regierung auch nicht über ihr tatsächliches Vermögen hinaus verpflichtet werden dürfe, Truppen, die kampfmüde seien, an den Kampftisch zu stellen.

Die Verhandlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen. Die Forderung der Alliierten nach Belassung der deutschen Truppen im Osten bezieht sich sowohl auf Estland als Litauen wie auf die Ukraine.

Die deutsche Waffenstillstandscommission wiederholte ihr Erstug, zum Rücktransport der deutschen Truppen aus der Ukraine (rund 250 000 Mann) den Seeweg aufzugeben. Nach letzten Meldungen ist die Bahn für den Gütertransport aus Kiewskow bereits in den Händen russischer Bolschewitenbündner. Der Landweg ist völlig abgeschnitten. Einem deutschen Bahnstück gibt es nicht mehr. Die reicht während täglich, da mit Angriffen übermächtiger russischer revolutionärer Kräfte zu rechnen ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Hans und Hoffmann.

Kinder Händel trifft im "8-Uhr-Abendblatt" Hoffmanns Leidenserlaß entgegen. Er schreibt:

Mutterfreunden.

Roman von H. Seelmann.

Als sie früher in den feuchten Wald hineinwanden, entdeckten bald hier und da die ersten Frühlingsblümchen; die so fröhlig erstrahlten Schäfchenblümchen. Nach langer Zeit empfingen Siebenschläfer jedes von ihnen ein kleines Straußchen dieser lieblichen Frühlingsblümchen in der Hand.

Siebenschläfer und Schäfchenblümchen die beiden lange Zeit auf dem lumbigen Boden dairten, jeder seinen eigenen Gedanken nachzuhängen, bis Friedel die Stille mit der Frage an seinen Freunden durchbrach:

"Kann, bitte, was denn du denkst? Will ja heute so einschaffen."

"Sonst du willst wohl verdonnen, Karl? Wenn ich hier nur im Herzen die beschämende Erinnerung erlöschte und dabeiheim ein armes Kind sich in Schmerzen mürde, um, wie es so schön gesagt, Schmerzen nicht Sterben zu entgehen zu wollen?" Und der Friedel wußte nicht, welche Stelle in einem andern Lande. Sagte Karl, wann man es nicht würdig werden?

"Schön, mein Junge," entwidete Friedel. Wenn man beim Feuer Temperatur habe, könnte man dabei ruhig werden. Aber du weißt, ich mit meiner, wie zu immer lauf, politischen Ruhe, habe mich nicht so den gefährlichen Gedanken aussetzen, wie du."

"Darin bin du wirklich ein beweisendesweiter Mensch, Karl. Ich möchte, ich möchte mir das halbe Süppchen aus dir, dann wäre lebendig besser daran. Aber niemand kann aus keiner Seele wissen."

Friedel lächelte nun leiser. Erst durch den kleinen Frühling und damit die auf andere Gedanken zu bringen. "Sag mal, Karl, du keiner Seele, aber ich kann wohl sagen, anderer Seele, eine gewisse Art Fotografie geknüpft mit dem allgemeinen Erfolg von mir."

"Schön," lächelte Friedel. "Sie möchtest siehe vor mir einen großen Erfolg haben."

"Was hast noch keine Antwort wieder?" fragte Friedel.

"Klar. Nur einige hässliche Zeilen. Aber deshalb untersage ich dir diese Zeit, herauszutragen ist. Es würde ungewöhnliche Verzerrung machen, wenn ich gleichzeitig informieren."

"Aber, vielleicht steht jetzt noch eine Frage dar, kann wieder ein tüchtiger Geschäft machen werden," lächelte Friedel.

"Über Gott eine Haar," lächelte nun Friedel bestätigend.

"Dann verpassst es doch ausgesetzt, die Seele in einer anderen Gedanken zu bringen. - Außerdem, da steht mir ein, das kann ein Bild der weisser Brust haben wollen. Ich hab zu-

dem einen kleinen Fehler gemacht und es steht da, daß es die

Jeder wahlberechtigte Mann und jede Frau muß sich davon überzeugen, ob sie in der

Wählerliste

Leben. Bisher wurde von der Einsichtnahme nur wenig Gebrauch gemacht, obwohl gerade bei den Vorbereitungen zu diesen Wahlen erklärlicherweise Fehler unterlaufen. Wer nicht in den Listen verzeichnet ist, darf nicht wählen! Die Listen sind einzusehen in der Aula des Johanneums, Bei St. Johannis, von 11—2 Uhr und 4—7 Uhr. Prüfen die Richtigkeit!

als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt eingereicht. Die Regierung bat sie, zu bleiben.

Die Schweizer Polizeilorgane der Kantone und der Gemeinden sind zu schärferer Beaufsichtigung aller Personen und deren Angehörigen aufgerufen. Es ist Auftrag erteilt, ausländische bolschewistische Agenten und Agenten unter Vorname entsprechender Haussuchungen zu verhaften.

Zum Nachfolger des Kriegsminters Scheuch ist, wie der L.A. hört, der württembergische Oberst Reinhardt ernannt worden.

Wie aus München gemeldet wird, wurde der gesamte Feldsoldatenrat des Infanterie-Regiments, ferner Oberst von Oppermann sowie zwei weitere Offiziere des Regiments auf Befehl Eisners verhaftet.

Wilson trifft, von England kommend, heute in Italien ein.

England.

Vorschläge zur internationalen Arbeitsregelung. In einer Unterredung mit dem Vertreter des "Daily Chronicle" schilderte Minister Georg Barnes die Politik, die das britische Amt des Innern vertritt. Es sollte ein internationales Abkommen getroffen werden, um eine angemessene Lebenshaltung für die Arbeiter zu erzwingen. Ihre Vorschläge wären ersterlich, daß die Einheit der Waren, die unter Ausbeutung der Arbeiter hergestellt seien, unter allgemeiner Zustimmung in Vertrag gebracht werden müsse, ferner sei die Koalitionsfreiheit in allen Ländern notwendig. Es müsse auch ein Mindestmaß von Stundenlohn in allen Ländern bestehen und den Arbeitern Lohn auch für die Feiertage gesichert werden. Die Friedenskonferenz werde auferfordert werden, den Grundzog der internationalen Arbeitsordnung zuzustimmen.

Frauen, Arbeiterinnen!

Durch die politische Unwälzung sind mehr als 20 Millionen Frauen in Deutschland freie Staatsbürgерinnen geworden. Das höchste Recht im Staate, das der Stimmberechtigung, ist in ihre Hände gelegt. Dieses Recht verpflichtet sie zu seiner Anwendung. Mit der Ausübung des Wahlrechts übernehmen sie auch die Verantwortung für die Gestaltung des künftigen Staatswesens, die durch die Nationalversammlung bestimmt werden soll. Die Wahl zur Nationalversammlung gibt den Frauen die erste Gelegenheit zur Wahlbeteiligung. Doch die sozialdemokratische Partei in der Nationalversammlung die Mehrheit erhalten, ist in die Hände der Frauen gegeben, liegt in ihrem Interesse. Die Sozialdemokratie war immer die Vertreterin der Rechte der arbeitenden Frauen. Die gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitnehmerabschluß, Befreiung der Nacht- und Sonntagsarbeit, der Schutz der Schwangeren und Mütterlichkeit war das Werk der Sozialdemokratie. Der weitere Ausbau dieses Schutzes ist dringend notwendig. Daraus müssen alle arbeitenden Frauen erkennen, wie sehr die Partei die Stimmenmehrheit zur Nationalversammlung braucht.

Frauen, arbeitende Frauen! Auf euch kommt es bei der Wahl an. Nutzt die Zeit zur Aufführung, damit jede Arbeiterin begreifen lernt, wie wichtig die Ausübung ihres Wahlrechtes ist. Nutzt jede Gelegenheit, Aufführung darüber zu verbreiten, was die Partei den arbeitenden Frauen von jeher war, was sie Ihnen in Zukunft sein muss. Werbt neue Anhängerinnen für die Partei, sorgt dafür, daß alle Frauen von den Ideen des Sozialismus erfüllt werden, der allein die Möglichkeit erlösen kann. Die Frauen sollen am Aufbau der sozialistischen Republik mitwirken. Erfüllt Eure Pflichten, Ihr arbeitende Frauen, helft die Zukunft des Volkes auszustalten.

Martha Hoppe.

Wiederholung.

Roman von H. Seelmann.

2. Fortsetzung.

Als sie früher in den feuchten Wald hineinwanden, entdeckten bald hier und da die ersten Frühlingsblümchen; die so fröhlig erstrahlten Schäfchenblümchen. Nach langer Zeit empfingen Siebenschläfer jedes von ihnen ein kleines Straußchen dieser lieblichen Frühlingsblümchen in der Hand.

Siebenschläfer und Schäfchenblümchen die beiden lange Zeit auf dem lumbigen Boden dairten, jeder seinen eigenen Gedanken nachzuhängen, bis Friedel die Stille mit der Frage an seinen Freunden durchbrach:

"Kann, bitte, was denn du denkst? Will ja heute so einschaffen."

"Sonst du willst wohl verdonnen, Karl? Wenn ich hier nur im Herzen die beschämende Erinnerung erlöschte und dabeiheim ein armes Kind sich in Schmerzen mürde, um, wie es so schön gesagt, Schmerzen nicht Sterben zu entgehen zu wollen?" Und der Friedel wußte nicht, welche Stelle in einem andern Lande. Sagte Karl, wann man es nicht würdig werden?

"Schön, mein Junge," entwidete Friedel. Wenn man beim Feuer Temperatur habe, könnte man dabei ruhig werden. Aber du weißt, ich mit meiner, wie zu immer lauf, politischen Ruhe, habe mich nicht so den gefährlichen Gedanken aussetzen, wie du."

"Darin bin du wirklich ein beweisendesweiter Mensch, Karl. Ich möchte, ich möchte mir das halbe Süppchen aus dir, dann wäre lebendig besser daran. Aber niemand kann aus keiner Seele wissen."

Friedel lächelte nun leiser. Erst durch den kleinen Frühling und damit die auf andere Gedanken zu bringen. "Sag mal, Karl, du keiner Seele, aber ich kann wohl sagen, anderer Seele, eine gewisse Art Fotografie geknüpft mit dem allgemeinen Erfolg von mir."

"Schön," lächelte Friedel. "Sie möchtest siehe vor mir einen großen Erfolg haben."

"Was hast noch keine Antwort wieder?" fragte Friedel.

"Klar. Nur einige hässliche Zeilen. Aber deshalb untersage ich dir diese Zeit, herauszutragen ist. Es würde ungewöhnliche Verzerrung machen, wenn ich gleichzeitig informieren."

"Aber, vielleicht steht jetzt noch eine Frage dar, kann wieder ein tüchtiger Geschäft machen werden," lächelte Friedel.

"Über Gott eine Haar," lächelte nun Friedel bestätigend.

"Dann verpassst es doch ausgesetzt, die Seele in einer anderen Gedanken zu bringen. - Außerdem, da steht mir ein,

daß noch etwas geduldet müßte, denn in kurzum würde sie hoffentlich auch im Stande sein, ebenfalls eine Doppelphotographie zu knüpfen."

"Eine Seele muß wirklich ein Praktimodell sein!" rief Friedel lachend aus. "Wenn ich mir sie zwar auch schon im Geiste vorstellen kann, so bin ich doch wirklich neugierig geworden. Nur jedenfalls nicht du wohl keinen leichtesten Schmuck haben." Dabei knipste er seinem Freunde etwas drauf auf die Schulter.

"Au! Donnerwetter, Karl!" rief Friedel zusammenzuckend aus. "Du hast du gerade auf eine Stelle geklopft, wo ich sehr empfindlich bin."

"Huch," fragte Friedel verwundert. "Seit wann bist du denn empfindlich?"

"Na, das ist noch vom letzten Montag her," sagte Friedel. "Die hat mir der verdammte Kämpfer mit der Faust eins beim Erzwingen verlegt, doch ich heute noch den Schmerz verschüre, sobald jemand an diese Stelle kommt. Das Käppchen schaut dieser Seele noch extra gekräut zu haben, so schnell und wichtig hat er das was."

"Ja, mit dem ist höchst Kirchen offen," lachte Friedel. "Wenn er ja keine Zeit hat, dann gibts morgen Knuff ab. Das macht er immer abfallende Erziehung."

"Aber dann plötzlich erneut verhindert, fügt er fort:

"Aber du, mitunter ist es mir doch bei diesem Prüßen und Schnauze sehr verwunderlich, daß doch alles immer noch so glatt geht. Es kann doch auch einmal passieren, daß jüngere Gemeindemitglieder die Gasse überläuft und er Gleicher mit Gleicher verfällt."

"Doch wäre es bald so gekommen, als ich von ihm diesen Stoß erhielt. Wir klopft das Blut in den Kopf und es hätte mich viel gekröpft, dann hätte ich ihn mit einem Faustschlag zu Boden gestoßen. Nur der Gedanke an mein Fleisch hielt mich noch davon zurück zu tun. Ich will mir hoffen, daß er es nicht noch einmal macht."

Friedel lächelte bei diesem ungünstigen Ausdruck einer weiteren Fortsetzung mehrere Male auf dem Kopf, dann sagte er:

"Es wäre das freilich ein Kämpfen für dich und deine Seele, wenn du dagegen nicht, wie jüngstear früher so etwas bestraft würdest."

"Ach Friedel! In der Friedenszeit heißt es ja immer nur: wird bestraft — wird bestraft — wird bestraft! Das ist das Leben in der sozialistischen Diktatur," rief Friedel beständig ers.

"Für mich diese ungerechtfertigte hohe Strafen wird die Seele in einer anderen Gedanken zu bringen. - Außerdem, da steht mir ein,

daß noch etwas geduldet müßte, denn in kurzum würde das mit der Ehre eines Soldaten, wenn uns gelehrt wird, daß es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, uns bei den tödlichen Angreifern bis aufs äußerste zu verteidigen; kurz darauf nach der Belehrung des Leutnants wird man vom Unteroffizier misshandelt, ohne sich verteidigen zu dürfen! Findest du da eine vernünftige Logik heraus?"

"Ich ebensoviel wie du, Friedel Ernst", entgegnete Friedel. Wenn du mich aber über diese unhöfliche Logik wundervoll, dann begrüßt du nicht den ganzen Aufbau unserer Heeresorganisation. Dieses bedingt des anderes. Du hast immer Unrecht, so lange du Untergelegener bist. Sieh dir doch die ganzen höchst eigenartigen Urteile über Soldatenhandlungen etwas näher an. Ich will dir da nur zwei solcher brausen Urteile gegenüberstellen. Ein Unteroffizier gibt einem Gemeinen wegen eines geringsfügigen Vergehens eine Ohrfeige. Als derselbe sich das verbittet, erhält er noch eine. Darauf sprudelt der Gemeindemitglied dem Unteroffizier ins Gesicht, weil er sich nicht täglich an seinem Vorgesetzten verfeindet darf. Und weißt du wie das Urteil lautet? Nun, der Unteroffizier beläuft acht Tage Mittelarrest wegen Mißhandlung und der Gemeinde erhält dreieinhalfes Jahr Gefängnis wegen grober Untertretung. Das ist nur ein solcher Fall von den vielen Urteilen, welche auch im Volke nicht verstanden werden."

Darin stimme ich dir vollständig bei, Karl," sagte nachdrücklich Friedel. "Und natürlich, ich würde heute noch nicht, was ich tute, wenn mir von einem Vorgesetzten eine Ohrfeige vor der Front verübt würde. Ich kann mir aber auch keine größere Freiheit denken, als wenn jemand Kraft des Gesetzes seine Autorität als Vorgesetzter dazu misbraucht, um seine Untergebenen durchzuprügeln, nur weil er das Bewußtsein hat, daß das Gesetz ihm vollständig schützt. Fürwahr, ein grausiges Denkmal unserer Zeit. Aber was würdest du zum Beispiel für ein Mittel vorbringen, um diesen unmoraligen Zustand ein für allemal ein Ende zu machen?"

"Nun," sagte Friedel, "da werden ja verschiedene Vorschläge gemacht, um die Mißhandlungen möglichst zu beschränken. Das richtige freilich treffen alle diese wohlgemeinten Maßnahmen nicht. Denn ja längst das heutige System der Heeresorganisation bestehen bleibt, so lange werden auch die Mißhandlungen nicht verschwinden. Nur ein Radikalmittel gäbe es dagegen, wozu freilich niemals die Heeresverwaltung je Zustimmung geben wird, und das wäre das Recht und die Pflicht der Rotwehr den Untergesetzten gegenüber! Einerlei, ob es vor der Front oder auf der Straße oder irgendwo gefügt. Du sollst einmal sehen, wie rasch sämtliche Mißhandlungen aus dem Heere verkümmern würden."

Gottloben jetzt

Aus Lübeck und den Wahlbezirken.

Freitag, 3. Januar.

Flugblattverbreitung!

Nachricht, Parteigenossen! Um kommenden Sonntag vormittag soll ein Flugblatt im üblichen Staatsgebiete verbreitet werden. Sammlung der fähigen Genossen in den bekannten Lokalen und Stellen zur bestimmten Zeit. Die Landdistrikte nehmen das Material Sonnabend abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus in Empfang.

Jeder Genosse sei fähig und beteilige sich an den Parteiarbeiten!

Bürgerschaftswahlen am 9. Februar.

Der Wirtschaftsrat der Bürgerschaft macht bekannt:
Die nach dem Gesetz vorzunehmende Wahl zur Bürgerschaft findet am

Sonntag, dem 9. Februar 1919,

und zwar in den städtischen Wahlbezirken von 19 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags und im Landgebiet von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, statt.

Die Wählerlisten liegen in der Zeit

vom 8. bis einschließlich 15. Januar 1919

zur Einsicht aller Wahlberechtigten aus.

Einsprüche gegen die Listen sind bis zum 18. Januar 1919 beim Polizeiamt schriftlich zu erheben und zu begründen. Soweit die Einsprüche gegen die Listen der ländlichen Wahlbezirke gestützt sind, müssen sie durch die zuständigen Gemeindewortheitlichen Polizeiamt eingereicht werden.

Werter die Einsprüche entscheidet, falls sie nicht vom Polizeiamt oder (für das Landgebiet) vom zuständigen Bezirksvorsteher sofort für begründet erachtet werden, das Verwaltungsgericht. Die Entscheidung ist gebührenfrei und kann ohne vorgängige mündliche Verhandlung ergehen. Das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht wird von diesem nach freiem Ermessen geregelt.

Zur Stimmabgabe werden nur diejenigen zugelassen, welche in die Wählerlisten aufgenommen sind. Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen libeckischen Staatsangehörigen, die in dem der Wahl vorangegangenen Kalenderjahr das zwanzigste Lebensjahr vollendet und seit dem 1. Januar 1919 ihren Wohnsitz im ländlichen Staatsgebiet haben.

Was jeder von den Wahlen wissen muss.

Am 19. Januar 1919 wird nach der endgültigen Feststellung die Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung stattfinden. Es ist bekannt, dass diesmal alle männlichen und weiblichen Personen von mehr als 20 Jahren wahlberechtigt sein werden. Voraussetzung ist allerdings, dass eine Eintragung in die Wählerliste erfolgt ist. Die Wählerlisten werden in der Zeit vom 30. Dezember bis zum 6. Januar zur Nachprüfung ausliegen. Wo sie eingeschlossen sind, muss öffentlich bekanntgegeben werden. Es ist von größter Wichtigkeit, dass jeder Wahlberechtigte Einsicht in die Wählerlisten nimmt und, falls sein Name nicht darin enthalten ist, sofort Einspruch erhebt. Selbstverständlich ist es auch gestattet, dass man einen andern mit der Einsichtnahme in die Wählerliste beauftragt, bezw. dass man selbst für einen anderen nachsieht. Die Einsprüche sind an die Gemeindevertretung oder den von ihr ernannten Wahlkommissar zu richten.

Die Wahl erfolgt diesmal nach dem Verhältnissystem. Die Wähler haben ihre Stimmen nicht für einzelne Kandidaten, sondern für Kandidatenlisten abzugeben. Sie haben sich dabei an die Vorschräge zu halten, die vorher rechtskräftig und ordnungsgemäß eingereicht wurden. Ein Wahlvorschlag ist dann gültig, wenn er von mindestens 100 im Wahlkreis ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet ist, und er ist für die Wahl rechtzeitig eingereicht, wenn er bis zum 4. Januar dem Wahlkommissar übergeben ist. Die Wahlvorschläge dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete im Kreise zu wählen sind. Die Zahl dieser Abgeordneten ist bekanntlich in den verschiedenen Kreisen verschieden. Auf den Wahlkreis Mecklenburg-Lübbecke entfallen 6 Abgeordnete. Von jedem vorgeschlagenen Kreis ist außerdem eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. Ist ein Kandidat auf mehreren Listen genannt worden, so hat er bis zum 12. Januar zu erklären, für welche Liste er sich entscheiden will.

Bekanntlich können auch verschiedene Listen miteinander vereinbart werden. Das bedingt keine Verschmelzung der Listen, sondern nur eine Zusammenzählung der Stimmen bei der Ausrechnung des Wahlergebnisses. Parteien und Gruppen, die ihre Wahlvorschläge in dieser Weise verbinden wollen, haben das bis zum 12. Januar schriftlich dem Wahlkommissar mitzutragen. Nachdem eine solche Listenverbindung einmal amtlich verkündet wurde, kann sie nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Der Wähler darf nur Namen aus einem einzigen der offiziell bekannten gegebenen Wahlvorschlägen entnehmen, muss sich also, wenn er überhaupt sein Wahlrecht ausüben will, innerhalb dieser Wahlvorschläge bestimmen. Das Entnehmen von Namen aus mehreren Wahlvorschlägen hat die Ungültigkeit des Stimmzettels zur Folge. Die Hinzunahme von Personen, die auf keinem der Wahlvorschläge benannt sind, ist dagegen unzulässig aber auch unwirksam. Sodder in dieser Weise abgesetzte Stimmzettel, der einem bestimmten Wahlvorschlag zugeschrieben werden kann, wird so bewertet, als ob er mit dem Wahlvorschlag übereinstimme.

Die Wahl erfolgt nach wie vor geheim. Innerhalb der Wahlkreise sind wieder Stimmbezirke zu bilden, an deren Spitze ein Wahlvorsteher steht. Die Abgrenzung der Stimmbezirke und die Namen der Wahlvorsteher sind spätestens am 12. Januar bekannt zu geben.

Spätestens am 14. Januar muss der Wahlkommissar zusammen mit dem durch ihn zu ernennenden Wahlaustritt die Wahlvorschläge bekanntgeben und mitteilen, welche Listen miteinander verbunden sind.

Bei der Prüfung und Auszählung bleibt es im wesentlichen bei den früheren Bestimmungen. Das Wahlergebnis braucht allerdings in den einzelnen Stimmbezirken fortan nicht mehr notwendig schon am Wahlgang selbst festgestellt zu werden, sondern es kann auch einen Tag später zur Ermittlung kommen. Drei Tage nach der Wahl soll der Wahlkommissar, wenn möglich schon ein vorläufiges Resultat mitteilen. Am 23. Januar hat der Wahlaustritt zur Ermittlung des Gesamtergebnisses der Wahl zusammenzutreten.

Infolge technischer Schwierigkeiten ist der "Lübecker Wahlkampf" in der letzten Zeit ebenso oft verhältnismäßig spät herausgekommen. Täglich gehen uns begreiflicherweise die zahllosen Klagen zu. Die Hauptursache des bedauerlichen Zustandes ist die Gaspatrone, durch welche die Schreibmaschinen auf längere Dauer aufgerichtet sind und die Stereotypie behindert wird. Seitens der Betriebsleitung wird energisch dahingestellt, eine Besserung herbeizuführen.

Gerade in der so bewegten gegenwärtigen Zeit ist das Interesse an unserer Zeitung gewaltig gestiegen, wie der Zuwachs von Kaufleuten vor Abonnenten zeigt. Wir verstecken durchaus, wenn die Leser ungehalten sind über das späte Erscheinen des

"Wahlkampfes", zumal bei der Knappheit an Beleuchtungsmitteln. Aber Verhältnisse, die stärker sind als wir, zwingen uns, unsere Leiter um Nachsicht zu bitten.

Neue Maßnahmen des Reichsnährungsamtes auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung.

Noch immer werden Klagen laut, dass innerhalb einzelner Bezirke erhebliche Mengen Kartoffeln bisher nicht abgezerrt worden sind. Das Reichsnährungsamt hat daher die Kommunalverbände angewiesen, von den ihnen nach der Bundesratsverordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 zustehenden Zwangsmitteln nachdrücklich Gebrauch zu machen und die sofortige Überprüfung der Kartoffelfelder anzurufen. Dabei sind die Kommunalverbände erlaubt, einem etwaigen Arbeitermangel durch Einstellung von Arbeitskräften auf Kosten sämiger Landwirte zu begegnen.

Zur Verstärkung der Speisekartoffellieferungen hat ferner der Staatssekretär des Reichsnährungsamtes einen nochmaligen Eingriff in die Brennkartoffeln um weitere 25 Prozent angeordnet, es sind hierauf, soweit nicht für einzelne Gebiete bereits weitergehende Beschränkungen zugelassen sind, den Landwirten nur so viel Kartoffeln zum Brennen zu belassen, als 22,5 Prozent des allgemeinen 100prozentigen Durchschnittsbrandes entspricht. Eine weitere Einschränkung war mit Rücksicht darauf, dass für industrielle Zwecke erhebliche Mengen Spiritus benötigt werden, nicht möglich. Für Trintzwecke wird Spiritus befürchtlich überhaupt nicht freigegeben. Die Kommunalbehörden haben die Anweisung erhalten, die durch den neuen Eingriff freiwerdenden Mengen schnellstens für Speisekartoffellieferungen in Anspruch zu nehmen und nur in dringenden Notfällen, in denen andernfalls infolge des Fortfalls der Schlepp die Ernährung des Viehstalls und damit die Weiterführung der Wirtschaft in Frage gestellt wäre, Ausnahmen zugelassen.

Die Gewerbeämter erläutern im heutigen amtlichen Teil unserer Zeitung eine Belohnung, durch die alle Betriebe des Mechanikerhandwerks erzogen werden, ihre Firma bei der Gewerbeammer zwecks Verlängerung bei der späteren Verteilung von Benzin anzumelden und zwar unter Angabe des monatlichen Verbrauchs an Benzin. Da die Feststellungen für das Klempnergewerbe bereits bei anderer Gelegenheit gemacht worden sind, kommen im vorliegenden Falle nur reine Mechanikerbetriebe in Frage.

Die Schulserien für das Schuljahr 1919 (einschließlich der Osterferien 1920) werden für die Schulen in der Stadt und den Vorstädten sowie für die Bezirksschulen in Travemünde, Schlutup, Moisling, Altenhof, Siems und Graueldorf wie folgt festgesetzt:

Schuljahr

Unterrichtszeit:

Ostern: Freitag, 11. April	Dienstag, 29. April
Frühsingen: Sonnabend, 7. Juni	Donnerstag, 12. Juni
Sommer: Freitag, 4. Juli	Dienstag, 12. August
Michaelis: Freitag, 26. September	Mittwoch, 8. Oktober
Weihnachten: Sonnabend, 20. Dez.	Montag, 5. Januar 1920
Ostern: Freitag, 26. März 1920	Dienstag, 13. April 1920

Eine etwaige Späterlegung der Sommerferien bleibt vorbehalten.

Hilfe für baltische Flüchtlinge. Uns wird geschrieben: Der Einsatz russischer Truppen in die Baltischen Provinzen macht wahrscheinlich, dass Deutschtalente in größerer Anzahl, vor allem Frauen und Kinder, versuchen werden, vorübergehend in Deutschland Schutz zu finden. Bei dem Interesse, das Lübeck aus gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen an den Deutschtalenten, vor allem auch während des Krieges, genommen hat, ist damit zu rechnen, dass eine Anzahl Flüchtlinge Lübeck als Aufenthaltsort wählen wird. Die Deutschtalente haben sich während des Krieges der aus den Baltischen Provinzen verschobenen Reichsdeutschen sowie der deutschen Kriegsgefangenen in so lebensfreudiger Weise, entgegen den ausdrücklichen Verbitten der russischen Regierung, angenommen, dass es selbstverständlich ist, dass der Deutsche Pflicht ist, jetzt den in Deutschland lebenden Deutschtalenten nach besten Kräften zu helfen. Für den Fall, dass die Hilfsbedürftigen und räkumentierten Deutschtalente mit dem Wunsch zeitweiligen Aufenthaltens nach Lübeck kommen sollten, hat sich unter dem Vorsitz des Herrn Senator Dr. Neumann ein Ausschuss gebildet, der die zur Unterbringung und Unterhaltung solcher Flüchtlinge notwendigen Vorarbeiten in die Wege leiten wird. Aufführung wird erteilt im Arbeitsamt, Untertrasse 104, in der "Fürsorge für Flüchtlinge", Tel. für Balten, Zimmer 41.

Wochenhilfe. Eine neue Verordnung des Rates der Volksdeputierten deutet die Möglichkeit einer Hilfe aus Reichsmitteln auf die Geburtenfälle aus, die binnen 6 Wochen nach der Entlassung des Vaters aus dem Heeresdienste eintreten. Gleichzeitig wird das aus Reichsmitteln den selbststillenden Müttern gewährte Stiftsgeld allgemein von 50 auf 75 Pfennig täglich heraufgesetzt.

Mit den in Tschechoslowakien internierten deutschen Schiffsbefürwortern ist eine regelmäßige, alle acht Tage bestehende Postverbindung durch ein Torpedoboot von Wilhelmshaven eingerichtet. Die Sendungen sind vorlohn. Wearen beschränkt Raum ist nur eine Mutternahme von Briefen und Zeitungen möglich, nicht aber von Paketen, die in größeren Abständen mit dem Nachfuhrdampfer geschickt werden. Alle Postlizenzen müssen neben dem Schiffsnamen den Begriff "Überführungsverband" tragen.

Beispiel: Internierungsendung
An Matrosen Hans Schmidt,
Unterschiff König,
Überführungsverband.
Wilhelmshaven.

* Rand. Am 28. v. M. betraten zwei unbekannte Männer eine Gastwirtschaft in der Mühlstraße und ließen sich 2 Gläser Bier geben. Plötzlich sprang der eine der beiden Männer über den Schanktisch und schlug die Wirtin an die Schläfe, während sein Komplize die aus 75.—M. bestehende Kasse raubte. Beide Täter entkamen mit ihrem Raub. Nunmehr gelang es der Kriminalpolizei, einen der Räuber in Person eines 19-jährigen Arbeiters aus Nohlsdorf zu ermitteln, der bereits wegen eines vor einem Tag an der Untertrasse begangenen Einbruchs diebstahls in Untersuchungshaft steht.

* Treibriemendiebstahl. In der Nacht zum 30. vor M. ist aus einer industriellen Anlage am Geninerufer ein 7 Meter langer und 12 Zentimeter breiter Treibriemen gestohlen worden.

* Eisstock für Konzertsaalgeschäft. In der Nacht zum 2. d. M. sind auf einem Konzertsaalgeschäft in der Königstraße ein blaues Kostüm, ein hellblaues Kostüm, drei verschiedene Kleiderstücke und eine wollene Bluse gestohlen worden.

* Entwendeter Skulptspiegel. Am 2. Weihnachtsfeiertage in einer Frau im Stadttheater ein dunkelbrauner Skulptspiegel mit Kugel und langem zudem Schwanz im Werte von 1000 Mark gekauft und verkauft worden.

* Stoßelsdorf. Richtung Parteigenossen! Es wird darauf hingewiesen, dass am Sonnabend, dem 4. Januar, abends 7½ Uhr, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins stattfindet. In dieser Versammlung müssen sämtliche Bezirksführer und die als Flugblattoberleiter gewählten Genossen und Genossinnen erscheinen, da am 5. eine Flugblattoberleitung im ganzen Bezirk sei. Auch wird der Bericht vom Bezirkstag in Kiel gegeben. Guter Bezug dieser Versammlung seitens der Frauen ist dringend notwendig, da die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar ist und hierzu bedürfen wir der Frauen am meisten. — Dringend notwendig ist es, dass die Wählerlisten eingetragen werden. Nur derjenige, der in der Liste eingetragen ist, kann wählen.

Hamburg. 400000 Mark unterstellt haben hat der Kaufmann Otto Brunsdon zum Anteil des Bankiers Schmidt und anderer Firmen. W. der bereits erfasst war und beim Ausbruch der Revolution bestellt wurde, ist dieser Tag in Berlin auf neu festgestellt und nach hier transportiert worden. Hamburgs Dampfer mit ganzer Beladung untergegangen. Das Kurhafen wird dem "S. Fried" genutzt.

Der unbekannte Seeschiffsdampfer "Möve" des Nordischen Versorgungsvereins, der in Friedenszeiten in Kielhaven stationiert war und während des Krieges im Dienste der Marine stand, hatte am 23. Dezember Emden verlassen, um sich zur Demobilisierung nach Hamburg zu begeben. Der Dampfer Möve wurde von dem alten Dampfer und allgemein geschätzten Seeschiffsdampferskapitän Kösel aus Kielhaven geführt, dessen Bruder auf dieser Fahrt die Dienste eines Steuermanns verlor. Außer noch einem Deckmann der Reederei war auch ein Marineteam an Bord, die alle mit dem Dampfer ihren Untergang gefunden haben.

Hamburg. Zum Mord in der Lorenzistraße. Der Oberbootsmannsmaat Franz, der, wie berichtet, am 31. Dezember seine in der Lorenzistraße wohnende Schwägerin Marie Franz erdrosselt hat, hat sich beim Verhör in Widersprüche verwickelt. Er gibt an, bei seiner Schwägerin zum Essen gewesen zu sein, wofür er Zahlung habe leisten wollen. Sie habe aber die Annahme von Geld für das verabreichte Essen abgelehnt. Darüber sei er erregt worden. Er habe ihr dann gedroht, und den Revolver gezogen, von dem er angenommen habe, dass er gesichert sei. Dann sei der Schuh losgegangen, der so unselige Folgen gehabt habe. Die Beleidigung der Leiche hat aber ergeben, dass die tödliche Kugel in den Hinterkopf eingedrungen ist. Franz hatte bei der Verhaftung kein Geld bei sich.

Kiel. Die Kandidatenliste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Die Unabhängigen haben auf ihrer Konferenz am letzten Sonntag ihre Kandidatenliste aufgestellt. Die Liste für die deutsche Nationalversammlung trägt der Reihenfolge nach folgende Namen: Popp-Kiel, Arlets-Kiel, Dötz-Lüdingen, Louise Bieg-Berlin, Sörensen-Garnison, Hansen-Dietrichsdorf, Pollanich und Gültz-Kiel, Linchen Bayreuth-Hamburg, Springer-Kiel, Scharenberg-Garnison.

Reckahn. Weitere Ergebnisse der Gemeinderatswahl: Malchin: Demokratische Partei 1213, Parteilose 506, Sozialdemokraten 1420 Stimmen. Sitz erhalten die demokratische Partei 6, die Parteilose 2, die Sozialdemokraten 8. Ribnitz. Die bürgerlichen Parteien erhielten zusammen 1376, die Sozialdemokraten 688 Stimmen. Die Bürgerlichen erhielten 8, die Sozialdemokraten 4 Sitze. — Boizenburg: Sozialdemokratisch 1272, Deutschnational 841 Stimmen. Die Sitze verteilen sich wie 7 zu 5. — Wittenburg: Bürgerliche 8 Sitze und die Sozialdemokraten 6 Sitze. — Malchow: Sozialdemokraten 1144 Stimmen, Demokratische Partei 711, Handwerkerbund 290. — Sagow: Sozialdemokraten 746, Demokratische Partei 918; Nationale Volkspartei 468 Stimmen. Demokratische Partei 4 Sitze, die Sozialdemokraten 4 Sitze, die Demokratische Partei 5 Sitze, die Nationale Volkspartei 3 Sitze. — Stavenhagen: Sozialdemokraten 7, Bürgerliche 5 Sitze. — Venneburg: 7 Benzin. Auf die beiden bürgerlichen Listen, die miteinander verbunden waren, fielen 411, die sozialdemokratische Liste 965 Stimmen. — Tessin: Sozialdemokraten 5 Bürgerliche 4 Sitze. — Lübeck: Sozialdemokraten 674, Bürgerliche 529 Stimmen. Erste 4 Sitze; letztere 3 Sitze. — Sülfeld: Sozialdemokraten 443 Stimmen, Deutsche demokratische Partei 298, bürgerlicher Mischmasch 292. Es kommen demnach Sitze: Sozialdemokraten 6, Deutsche demokratische Partei 3, bürgerlicher Mischmasch 4. — Gadebusch. Auf die Liste 1 entfielen 475 Stimmen, Liste 2 228 Stimmen. Liste 1 und 2 sind miteinander verbunden gegen die Liste der Sozialdemokraten, welche 482 Stimmen erhielt.

Neueste Nachrichten.

Einführung in Polen?

Berlin, 3. Januar. Das "Beil. Tagbl." erfährt, dass zwischen den Berliner Regierungsvertretern und den polnischen Abordnungen in Polen eine Vereinbarung getroffen wurde, wonach die Truppen des Heimatlandes aus den gesamten Provinzen Polens zu zügig eingesetzt werden sollen. Das 5. Armeekorps und Teile des 2. Armeekorps sollen aufgelöst werden. In ihrer Stelle soll ein partizipativer Sicherheitsdienst aus polnischen und deutschen Soldaten, die in der Provinz Polen beheimatet sind, gebildet werden.

Polenmarsch.

Berlin, 3. Januar. Die westlich von Bromberg liegende Versiegungskaserne Rabel ist von den Polen erstaunt worden. Bentwegen und Schneidemühl erwarten täglich den Eintritt der Polen.

Die Arbeit in den Kohlengruben.

Oppeln, 3. Januar. Gestern früh waren nur noch zwei Gruben von 63 des oberösterreichischen Reviers ausständig. Die Zahl der Ausständigen beträgt noch etwa 2600. In den Hälften wird reglos gearbeitet.

Einfaches Vorgehen im Wahlkampf.

München, 3. Januar. Zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen ist es gestern hier zu einer Einigung gekommen, die ein gemeinsames Vorgehen der sozialistischen Parteien im Wahlkampf gegen Kapitalismus und Imperialismus beweist.

Einschaltung der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft.

Regierung.

Gutin, den 30. Dezember 1918.

Bekanntmachung

Über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

I. Die Vornahme der Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung ist auf

Sonntag, den 19. Januar 1919

übernommt. Die Wahlen finden statt von 9 Uhr vormit-

g bis 1 Uhr nachmittags.

Die Auslegung der Wählerlisten vom 30. Dezember 6. Jh.

is zum 6. Januar 1919, beide Tage einschließlich, ist bereits an-

geordnet.

II. Die Provinz Lübeck bildet mit der preußischen Provinz

Schleswig-Holstein den 14. Wahlkreis, in dem im ganzen 11 Ab-

geordnete zu wählen sind.

Zum Wahlkommissar ist für diesen Wahlkreis der Oberregie-

rungsrat Dr. Livonius in Schleswig, zu seinen Stellvertretern

in erster Linie der Regierungsassessor Thöne, in zweiter Linie der

Regierungsassessor Süss, dasselbe ernannt.

III. Wegen der Einsteilung der Stimmbezirke wird auf die

Bekanntmachung der Regierung vom 14. 12. 1918, veröffentlicht

im Gutiner Anzeiger, hingewiesen.

IV. Die zur Leitung der Wahlen ernannten Wahlvorsteher,

ihre Stellvertreter sowie die Bezeichnung des Wahlraumes

werden nachstehend öffentlich bekannt gegeben:

1. Stimmbezirk Stadt Ahrensböök:

Wahlvorsteher: Bürgermeister Frentrup, Ahrensböök.

Stellvertreter: Büdnermann Paul Tätscher, Ahrensböök.

Wahllokal: "Hotel Germania", Ahrensböök;

2. Stimmbezirk Land Ahrensböök:

Wahlvorsteher: Gemeindedirektor Meutz, Ahrensböök.

Stellvertreter: Arbeiter Fritz Dockweller, Vorwerk

Ahrensböök.

Wahllokal: Gutswirtschaft Jess, Steindamm, Vorwerk

Ahrensböök;

3. Stimmbezirk Gemeinde Bosau:

Wahlvorsteher: Gemeindedirektor Henk, Hassendorf.

Stellvertreter: Klempnermeister Marder, Bosau.

Wahllokal: Walis Gasthaus in Gusteid;

4. Stimmbezirk Gemeinde Curau:

Wahlvorsteher: Gemeindedirektor Beythien, Schwinkenrade.

Stellvertreter: Fahrmann O. Dobrowski, Dunkelsdorf.

Wahllokal: Millions Gathaus in Curau;

5. Stimmbezirk Landgemeinde Gutin:

Wahlvorsteher: Gemeindedirektor Braeckel, Podholt.

Stellvertreter: Maurer K. Barnwater, Neudorf.

Wahllokal: Böhmekers Gathaus in Neudorf;

6. Stimmbezirk Gemeinde Gleichenhorst:

Wahlvorsteher: Gemeindedirektor Westphal, Sachwitz.

Stellvertreter: Arbeiter Wilh. Haacks, Gleichenhorst.

Wahllokal: Gathof Heinr. Wit, Gleichenhorst;

7. Stimmbezirk Gemeinde Gnissau:

Wahlvorsteher: Gemeindedirektor Wendtborn, Gnissau.

Stellvertreter: Maurer Eust. Speszen, Gnissau.

Wahllokal: Malnike's Gathaus, Gnissau Hecken;

8. Stimmbezirk Gemeinde Malente:

Wahlvorsteher: Gemeindedirektor Utzen, Malente.

Stellvertreter: Lagerhalter Otto Wecker, Malente.

Wahllokal: KPDN's Gathof in Malente;

9. Stimmbezirk Gemeinde Neukirchen:

Wahlvorsteher: Gemeindedirektor Bünker, Waltwitz.

Stellvertreter: Maurer Adolf Beetzfeld, Sieversdorf.

Wahllokal: Jakobsons Gathaus in Waltwitz;

10. Stimmbezirk Gemeinde Obernwohlde:

Wahlvorsteher: Beigeordneter Lampé, Esfrabe.

Stellvertreter: Arbeiter Kruse, Arnsdorf.

Wahllokal: Gathaus H. Küver, Obernwohlde;

11. Stimmbezirk Gemeinde Otr-Ratze:

Wahlvorsteher: Gemeindedirektor Krambeck, Wartendorf.

Stellvertreter: Arbeiter Johs. Böhl, Offendorf.

Wahllokal: Raess'sche Gastronomie, Wartendorf;

12. Stimmbezirk Gemeinde West-Ratzeau: erster Stimmbezirk:

Wahlvorsteher: Beigeordneter Grüm, Zebau.

Stellvertreter: Arbeiter Rud. Tiedt, Scereg.

Wahllokal: Gathaus Koch, Ratzeau;

zweiter Stimmbezirk:

Wahlvorsteher: Gemeindesorger Vog. Bonndorf.

Stellvertreter: Arbeiter Johs. Hagelstein, Gr. Timmendorf.

Wahllokal: Gathaus Wulf, Gr. Timmendorf;

13. Stimmbezirk Gemeinde Redinghorst:

Wahlvorsteher: Bauunternehmer Heinr. Lafratz, Bujendorf.

Stellvertreter: Dachdecker Aug. Röve, Adel;

Wahllokal: Gathaus F. Hausmann, Bujendorf;

14. Stimmbezirk Gemeinde Rönnefeld:

Wahlvorsteher: Gemeindedirektor Ussch, Rönnefeld.

Stellvertreter: Beigeordneter A. Granert, Rönnefeld.

Wahllokal: Gathaus Süsse, Rönnefeld;

15. Stimmbezirk Gemeinde Schwartau:

Wahlvorsteher: Bürgermeister Dr. Steininger, Schwartau.

Stellvertreter: Schlosser Johs. Ketelbach, Schwartau.

Wahllokal: Hotel Germania, Schwartau;

16. Stimmbezirk Gemeinde Südbin:

Wahlvorsteher: Gemeindesorger Meyer, Gr. Gleichendorf.

Stellvertreter: Gruener Friedr. Westpaat, Schwientorup.

Wahllokal: Gathaus W. Odorn, Gr. Gleichendorf;

17. Stimmbezirk Gemeinde Gießenhorst: erster Stimmbezirk:

Wahlvorsteher: Gemeindesorger Hinze, Gießenhorst.

Stellvertreter: Arbeiter Helga. Westpnatig, Rauenbusch.

Wahllokal: Gathaus Heinrichs Gese, Gießenhorst;

zweiter Stimmbezirk:

Wahlvorsteher: Gärtnereibesitzer Ernst Biersack, Stodel-

dorf.

Stellvertreter: Gärtnereibesitzer Joh. Ball, Rodensbruch.

Wahllokal: Gathaus F. L. Pätz in Rodensbruch;

18. Stimmbezirk Gemeinde Südbin:

Wahlvorsteher: Gemeindesorger Kröger, Südbin.

Stellvertreter: Maurer Joh. Lamprecht, Grönberg.

Wahllokal: Halpaps Gathaus in Südbin;

19. Stimmbezirk Stadtgemeinde Gutin: erster Stimmbezirk:

Wahlvorsteher: Bürgermeister Mahlstedt, Gutin.

Stellvertreter: Großbahmann Theodor, Gutin.

Wahllokal: Zurpauke in der Zugumstraße Gutin;

zweiter Stimmbezirk:

Wahlvorsteher: Stadtbaur. Münte, Gutin.

Stellvertreter: Posthalter Paul Hensel, Gutin.

Wahllokal: Zurpauke in der Zugumstraße Gutin.

Die Gemeindedirektoren — Stadtmagistrate — haben folgende

7 Tage vor den Wahlen eine Bekanntmachung über die Bildung

der Stimmbezirke, der ernannten Wahlvorsteher, Stellvertreter

etc. in offizieller Weise zu erläutern unter Beilage des zu

dem Zwecke bereits überstandenen Formulars. Sowohl Grunder

gen gegen die bereits ausgestellten Wählerlisten erhoben hab., wird

zweifäligst letzter Prüfung wider, doch durch die im R. G. Bi.

1. Februar d. J. vorgenommenen Verhandlungen des Wahl-

vorsteher z. a. bestätigt ist, daß die Einsprüche gegen die Wähler-

listen aus der zuständigen Behörde brennen einer Stunde zu er-

heben sind (nicht mehr, wie zuerst bestimmt war, einen

14. Tagen).

VI. Die Wahlvorsteher werden angezeigt, die Komplikation

über die Normen der Wahl genau zu beachten und vor allem

festzustellen für die Bezeichnung eines gerigsten Arbeitnehmers

oder eines der Berufsräte entsprechenden Arbeitnehmers einige zu

treffen, um zu verhindern, daß ein Verdacht des Wahlvorsteher

und Beauftragten sowie der nach § 28 der Wahlordnung durch

den Wahlkommissar für den Wahlkreis zu erledigen Refute-

machung im Wahlraume zuliegen. Zur Erledigung der Bekannt-

machung wird sich die Regierung mit dem Wahlkommissar in Ver-

bindung setzen.

Die von den Gemeindeschäben — Stadtmagistraten — zu

erlassenden Bekanntmachungen sind mit den entsprechenden Be-

scheinigungen über Aushang usw.) zu den Wahlstellen zu nehmen.

VII. Die Wahlvorsteher haben die Wahlprotokolle mit sämtlich

zu gehörigen Stoffblättern ungelöst, ledentulus aber so

zeitig dem Wahlkommissar (Oberregierungsrat Dr. Livonius,

Schleswig), einzurichten, daß sie spätestens im Laufe des dritten

Tages nach dem Wahltag in dessen Hände gelangen.

Die Wahlvorsteher sind nach § 48 Abs. 2 der Wahlordnung

für die plakatische Ausführung dieser Vorschrift verantwortlich.

Das von den Wahlvorsteher ausgewählte Porto und etwaige

sonstige Kosten des Wahlverfahrens sind aus der Gemeindekasse

zu entrichten.

Im übrigen verweist die Regierung auf die Bestimmungen

der Verordnung und der dazu gehörigen Wahlordnung.

Dr. Meyer.

7671)

Oeffentliche

Volkerversammlungen

finden statt

Sonnabend, den 4. Januar

abends 7 Uhr

in Moisling für Genin und Padelügge

in S. Sievers Kaffeehaus.

Referent: Kandidat **Johannes Stelling**.

Niendorf-Reeke

im Saale des Herrn Neckel zu **Niendorf**.

Referent: Herr **August Haut**, Lübeck.

<b

